



Baubranche fordert eigenständiges Bauministerium

IG Bau und Bauindustrie sehen Wohnungsbau als wichtige soziale Aufgabe. 400.000 Neubauwohnungen geplant

Von Beate Kranz

Berlin. Ein Ziel hat sich die mögliche neue Ampel-Koalition bereits gesteckt: Pro Jahr sollen künftig 400.000 Neubauwohnungen für mehr bezahlbaren Wohnraum entstehen – darunter auch 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen. Eine gigantische Aufgabe, die sich nicht von alleine erledigt.

Die Baubranche steht dafür in den Startlöchern. Sowohl die Gewerkschaft IG Bau als auch die Bauindustrie fordern von der neuen Bundesregierung, endlich ein eigen-

ständiges Bauministerium einzurichten. „Das Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Und die hat das politische Gewicht eines eigenen Bundesministeriums verdient“, sagte IG-Bau-Chef Robert Feiger unserer Redaktion. „Seit 23 Jahren führt das Bauressort ein ‚Nomadenleben‘. Es war immer Anhängsel – beim Verkehr, bei der Umwelt, beim Inneren.“

Auch der Chef des Hauptverbands der deutschen Bauindustrie (HDB) ist überzeugt: „Das Bauen



Robert Feiger
F.: IG BAU

muss zur Chefsache werden. Wir brauchen ein starkes Bundesministerium für Bau und Infrastruktur, um die gewaltigen Vorhaben zur Modernisierung unserer Infrastruktur umzusetzen“, sagte der Hauptgeschäftsführer Tim-Oliver Müller. Müller forderte zudem „Mut zur Digitalisierung“.

Was der geplante Neubau in der Praxis heißt, rechnet der IG-Bau-Chef vor: „Das bedeutet von Montag bis Sonntag pro Tag knapp 1100 neu gebaute, bezugsfertige Woh-

nungen – 46 pro Stunde, alle vier Minuten drei Wohnungen. Das ist eine Rund-um-die-Uhr-Aufgabe“, so Feiger. Dies erfordere „volle Kraft, volles politisches Engagement und volles Gewicht am Kabinettschisch“.

Der Wohnungsbau sollte laut Gewerkschaftschef eine zentrale Aufgabe des neu geschaffenen Bundesministeriums sein. „Wir stehen beim Bauen und Wohnen vor immensen Herausforderungen, was eine Bündelung der Kompetenzen notwendig macht“, so Feiger. Die



T.-O. Müller
BAUINDUSTRIE

Politik müsse Antworten darauf geben, wie Wohnen – insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen – bezahlbar bleibe.

Gefragt seien Sozialwohnungen. „Während im Jahr 1987 auf 100 Mieterhaushalte 25 Sozialwohnungen kamen, ist diese Zahl Ende 2020 auf fünf zurückgegangen.“ Mit ihrem Ziel hätten SPD, Grüne und FDP die „richtige Marke“ gesetzt. Gleichzeitig dürften aber die Mieter nicht durch erhöhte Kosten für den Klimaschutz überfordert werden.

WAZ Mantel

Wird's jetzt besser am Flughafen?

Verdi-Mann Özay Tarim bezweifelt eine erfolgreiche Klärung der Lage bei den Sicherheitskontrollen

Von Norbert Krings

Düsseldorf. Sicherheitskontrollen am Flughafen sind das Nadelöhr für Flugreisende. Gibt es dort Probleme, ist Ärger programmiert. Wir berichteten in unserer gestrigen Ausgabe: Das für die Sicherheitskontrollen zuständige Unternehmen DSW hat den für Düsseldorf zuständigen Geschäftsführer Peter Lange feuert. Auf Nachfrage bei der Mutterfirma der DSW, Piepenbrock in Osnabrück, war zu erfahren, dass man zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu keine weitere Stellungnahme abgeben möchte. Es wurde nur bekannt gegeben, dass es eine umfangreiche Reorganisation mit einem fünfköpfigen „Restrukturierungsteam“ am Flughafen Düsseldorf geben wird. Wie das umgesetzt werden soll, war von der Firma Piepenbrock nicht zu erfahren, allerdings soll auch der Betriebsrat und die Bundespolizei eingebunden werden.

„Diese Abberufung von Herrn Lange ist für alle überraschend gekommen“, erklärte Özay Tarim von der Gewerkschaft Verdi. In den

Herbstferien-Tagen habe sich Lange von morgens in aller Früh am Flughafen in Düsseldorf aufgehalten. „Er war quasi rund um die Uhr vor Ort“, sagt der Gewerkschafter. Lange habe dann auch auf Vorgabe der Bezirksregierung umgesetzt, dass die Mitarbeiter nach drei Stunden jeweils eine halbe Stunde eine Atemschutz-Unterbrechung erhalten haben. „Es kam somit auch nicht bei den Mitarbeitern von DSW am Flughafen der Eindruck auf, dass Lange dicht vor einer Entlassung oder einer eigenständigen Kündigung oder Trennung stehen würde“, erklärte Tarim. „Das Ganze kam wohl auch für ihn selbst überraschend, da er ansonsten immer per Aushang über personelle Dinge informiert hat.“

Damit ist für Özay Tarim klar, dass die eigentlichen Entscheidungsträger in Osnabrück in der Firmenzentrale sitzen. „Es wird weder für die Mitarbeiter noch für die Passagiere auf Dauer besser werden“, prophezeit der Vertreter von Verdi. Er begründet das damit, dass es auch bis heute keine Versammlung gegeben habe, auf der die Ent-



Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes am Flughafens Düsseldorf protestieren gegen schlechte Arbeitsbedingungen.
FOTO: S. TASSOS

scheidungen dargelegt worden seien oder mitgeteilt wurde, wie es weitergehen wird. „Keiner weiß genau, was jetzt auf die Mitarbeiter zukommt“, sagt er. Wie die DSW den Laden wieder ans Laufen bringt, wird zunächst ein Geheimnis bleiben. Allerdings werden Bundesinnenministerium und Bundespolizei als Auftraggeber der Kontrollen darauf dringen, dass die Abfertigung reibungslos laufen muss, als es zuletzt gewährleistet werden konnte.

Das werde auch durch die Tatsache begründet, dass der vom Betriebsrat geforderte Entwurf eines Ornigrammes für die Zuständigkeiten von der Betriebsleitung nicht erstellt worden sei. Auch der Betriebsleiter der DSW in Düsseldorf ist auf eigenen Wunsch nicht mehr für das Unternehmen tätig. Zudem kritisiert Tarim die Politik des Unternehmens, keinen übergeordneten Betriebsrat für die Standorte Bremen und Düsseldorf formen zu wollen.

WAZ Mantel